

### Kraft-Wärme-Kopplung von EEG-Umlage befreien

Mit den Stimmen von FDP und CDU fordert der Landtag, schnellstmöglich die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine rechtssichere und beihilfefunktionale Befreiung von klimafreundlichen KWK-Anlagen von der EEG-Umlage zu schaffen. Die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb dieser Anlagen haben sich zum Jahreswechsel erheblich verschlechtert. Für die Betreiber der Anlagen müssen Planungs- und Investitionssicherheit unbedingt hergestellt werden.

→ [Antrag: Umlagebefreiung für KWK-Anlagen erhalten](#)

### Integration: Kommunen nicht im Stich lassen

Integration geschieht in erster Linie vor Ort. Anders als die Vorgängerregierung lassen FDP und CDU die nordrhein-westfälischen Kommunen bei den Kosten für kommunale Integrationsmaßnahmen nicht im Stich. Mit dem Landeshaushalt 2018 wurden den Kommunen zusätzlich 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um Integrationsaufgaben erfüllen zu können. Die Koalitionsfraktionen haben die Landesregierung aufgefordert, zeitnah die gesetzliche Grundlage zur Verteilung der zusätzlichen Mittel vorzulegen. Dabei soll der Verteilungsschlüssel integrationspolitischen Zielen Rechnung tragen sowie rechtssicher und einfach in seiner Umsetzung sein.

→ [Antrag: Kommunen erhalten 100 Millionen Euro für Integration](#)

### Aktuelle Stunde zu belgischen Atomkraftwerken

FDP-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart hat am Mittwoch in Brüssel Gespräche mit dem belgischen Innenminister und der Energieministerin geführt. Dabei ging es auch um die nordrhein-westfälische Forderung, die störanfälligen Reaktorblöcke Tihange 2 und Doel 3 früher als geplant vom Netz zu nehmen. Die belgische Seite machte erneut klar, dass die beiden Blöcke wie im belgischen Atomausstieg geplant bis 2022 und 2023 in Betrieb bleiben sollen.

Dennoch gibt es Fortschritte in den Gesprächen. Belgien will künftig bei Vorfällen in seinen Atomkraftwerken nicht mehr nur die Bundesregierung, sondern auch Nordrhein-Westfalen als direkten Nachbarn informieren. „Das wäre ein Fortschritt, damit wir die Gefahren besser einschätzen und die Bevölkerung informieren können“, sagte Andreas Pinkwart in einer Aktuellen Stunde im Landtag am Donnerstag.

„Wir wollen die bisherige Politik des Schweigens gegenüber Belgien beenden und eine Politik des Aussprechens und der Vertrauensbildung schaffen“, erklärte Werner Pfeil, FDP-Landtagsabgeordneter aus Aachen. „Dazu gehört auch der Austausch über die Frage der Zukunft der belgischen Energieversorgung. Wir sind davon überzeugt, dass diese Zukunft ohne Tihange und Doel gestaltet werden kann und bieten dazu Hilfe aus Nordrhein-Westfalen an.“

→ [Pfeil: NRW-Koalition setzt auf strukturierten Dialog mit Belgien](#)



### Sicherheitspaket I – Neustart für die Innere Sicherheit

Mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen: das ist ein zentrales Anliegen der FDP-Landtagsfraktion. Unser Ziel ist der funktionierende Rechtsstaat, in dem sich Bürgerinnen und Bürger überall und zu jeder Zeit sicher fühlen können.

Vor diesem Hintergrund hat die Nordrhein-Westfalen-Koalition das Sicherheitspaket I vorgelegt. Damit reagieren wir auf veränderte Anforderungen an die Arbeit der Polizei. Mit den geplanten Maßnahmen werden unter anderem der Fahndungs- und Kontrolldruck erhöht und gleichzeitig Freiheits- und Persönlichkeitsrechte gesichert. Terroristen und Gefährder können so konsequenter in den Fokus polizeilicher Ermittlungen genommen werden.

Mit dem Sicherheitspaket I, der damit verbundenen Reform des Polizeigesetzes und weiteren Maßnahmen gestalten FDP und CDU Nordrhein-Westfalen sicherer und moderner.

→ [Lürbke: Sicherheit verbessern – Terrorbedrohung begegnen](#)

### Schwerpunkt Verkehrspolitik

#### Dieselfahrer nicht im Regen stehen lassen

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Fahrverboten debattiert. Die Bundesregierung hat das Thema Luftreinheit und Dieselpolitik jahrelang schleifen lassen. Millionen Verbraucher haben darauf vertraut, dass ihre Investitionsentscheidung zugunsten eines Diesel-PKWs sicher ist. Ihnen droht jetzt die kalte Enteignung. FDP und CDU sehen die Automobilhersteller in der Pflicht, ältere Diesel-Fahrzeuge auf eigene Kosten nachzurüsten.

→ [Middeldorf: Fahrverbote wären schlechtestes aller Instrumente zur Luftreinhaltung](#)

#### Förderung nichtbundeseigener Eisenbahnen wieder aufnehmen

Neben dem Schienennetz der Deutschen Bahn gibt es in Nordrhein-Westfalen zahlreiche private und öffentliche nichtbundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen mit zum Teil weitverzweigten und engmaschigen Streckennetzen. FDP und CDU unterstützen die Landesregierung bei der Wiederaufnahme der Förderung dieser Eisenbahnnetze.

→ [Reuter: Wichtiger Schritt in der Verkehrspolitik](#)

### Energieversorgung europäisch sichern

Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nr. 1. Verbraucher und Unternehmen sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen, die sich zugleich an hohen Umwelt- und Klimaschutzzielen orientiert. FDP und CDU wollen eine Energieversorgungsstrategie erarbeiten, die den steigenden Anforderungen an die Versorgungsqualität gerecht wird.

Die Sicherung der Energieversorgung ist keine rein nationale Aufgabe. Sie hat mit zunehmender Verwirklichung des Energiebinnenmarktes eine europäische Dimension. Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Landesregierung dabei, eine verantwortungsvolle europäische Perspektive einzunehmen und grenzüberschreitende Kooperationen bei der Energieversorgung voranzutreiben.

→ [Antrag: Verantwortung für Energieversorgung](#)